

# Schweizer Rundfunkbeitrag unter Druck

Am 8. März stimmt die Schweizer Bevölkerung über die Volksinitiative „200 Franken sind genug“ ab. Im Kern fordert sie eine deutliche Senkung der Rundfunkgebühren. Es steht jedoch weit mehr zur Debatte als nur die Höhe einer Abgabe. Ein Ja hätte tiefgreifende Folgen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und damit für die gesamte Medienlandschaft der Schweiz.

Bericht von **Alexander Lüthi**

Die SRG SSR finanziert sich heute zu rund 83 Prozent über die Radio- und Fernsehgebühren. Diese betragen aktuell 335 Franken (366 Euro) pro Haushalt und Jahr. Zusätzlich entrichten Unternehmen mit einem Jahresumsatz von über 500.000 Franken eine umsatzabhängige Abgabe.

Bestrebungen zur Senkung oder Streichung dieser Gebühren gibt es seit Jahren. 2018 forderte die sogenannte „No-Billag“-Initiative die vollständige Abschaffung der Abgabe. Das Stimmvolk lehnte sie mit 72 Prozent Nein-Stimmen deutlich ab. Kurz darauf beschloss der Bundesrat, die Gebühr bis 2029 schrittweise auf 300 Franken zu senken. Zudem sollen künftig nur noch Unternehmen mit einem Jahresumsatz ab 1,2 Millionen Franken abgabepflichtig sein. Diese Anpassungen zwingen die SRG bereits zu einem umfassenden Sparprogramm. Bis Ende 2029 sollen rund 900 Vollzeitstellen abgebaut werden.

Trotz dieser Entwicklungen sehen die heutigen Initianten weiteren Handlungsbedarf. Im Unterschied zur „No-Billag“-Initiative verzichten sie auf eine vollständige Abschaffung,

## VOLKSINITIATIVEN IN DER SCHWEIZ

Die Volksinitiative ist ein zentrales Instrument der halbdirekten Demokratie in der Schweiz. Grundsätzlich kann jede stimmberechtigte Person eine Initiative zu einem politischen Anliegen lancieren. Voraussetzung für eine Volksabstimmung ist das Sammeln von 100.000 gültigen Unterschriften innerhalb von 18 Monaten.

Auf Bundesebene wird regelmäßig über Initiativen abgestimmt, doch die Erfolgsquote ist gering. Von bislang 233 Initiativen, die seit 1891 zur Abstimmung gelangten, wurden lediglich 26 angenommen. Häufig dienen Initiativen daher weniger der unmittelbaren Umsetzung als vielmehr der Platzierung eines Themas auf der politischen Agenda.

verlangen jedoch eine Reduktion der Abgabe auf 200 Franken pro Jahr. Unternehmen sollen künftig vollständig von der Zahlungspflicht befreit werden. Kritiker gehen davon aus, dass dies faktisch einer Halbierung der finanziellen Mittel der SRG gleichkäme.

Im europäischen Vergleich erhebt die Schweiz eine der höchsten Rundfunkabgaben. Nach Zahlen der European Broadcasting Union verfügen nur zehn der 27 EU-Staaten über eine klassische Rundfunkgebühr, darunter Österreich. Der Trend geht in mehreren Ländern in Richtung Finanzierung über den Staatshaushalt. So beschloss Frankreich 2022, seine öffentlich-rechtlichen Medien künftig direkt aus dem Staatshaushalt zu finanzieren, und in Tschechien sorgen diesbezügliche Pläne gerade für große Aufregung. (Siehe dazu auch den Bericht auf Seite 16)

## Druck von rechts

Getragen wird die Initiative vor allem von der Schweizerischen Volkspartei, derzeit stärkste Kraft im Parlament.



Am 8. März steht der Schweizer Rundfunkbeitrag zur Abstimmung.

© IMAGO/ Geisser, Manuel Stefan, Zoonar, Tetra Images, imagebroker

Unterstützung kommt zudem aus liberalen Kreisen, die staatlich finanzierte Medien grundsätzlich kritisch beurteilen. Sie argumentieren insbesondere mit einer finanziellen Entlastung der Haushalte.

Der Widerstand ist jedoch breit abgestützt. Er kommt vor allem aus dem linken politischen Lager, aber auch aus Kultur und Sport, die stark auf die SRG als Produktions- und Verbreitungsplattform angewiesen sind. Selbst der Verlegerverband, der die privaten Medienhäuser vertritt und mit der SRG im Wettbewerb steht, lehnt die Initiative ab. Im Gegenzug wurde mit der SRG vereinbart, dass sie ihre Online-Aktivitäten einschränkt und sich stärker auf Radio und Fernsehproduktionen konzentriert.

## Knappe Entscheidung

Umfragen deuten auf ein enges Rennen hin. Eine Erhebung von YouGov von Ende Jänner zeigt ein Patt. Je 45 Prozent der Befragten sprechen sich für ein Ja beziehungsweise ein Nein aus, rund 10 Prozent sind noch unent-

schlossen. Angesichts der Tragweite der Vorlage dürfte die Mobilisierung in den letzten Wochen entscheidend sein.

Die Abstimmung findet in einem europäischen Kontext statt, in dem öffentlich-rechtliche Medien zunehmend unter politischen Druck geraten. Vor allem aus rechtspopulistischen Kreisen wird ihnen wiederholt eine einseitige Berichterstattung vorgeworfen.

## Große Signalwirkung

Die Schweizer Entscheidung könnte daher über die Landesgrenzen hinaus Signalwirkung entfalten. Sie wirft die grundsätzliche Frage auf, wie viel einer Gesellschaft öffentlich finanzierte Medien wert sind und welche Rolle sie ihnen in einer zunehmend fragmentierten Medienlandschaft zuschreibt.

Sollte die Initiative angenommen werden, wären die Konsequenzen erheblich. Kritiker befürchten vor allem Einschnitte bei Angeboten für Sprachminderheiten sowie die Berichterstattung aus Randregionen.

# „Öffentlich-rechtliche Medien arbeiten für die Menschen und nicht für sich selbst“

Gilles Marchand war von 2017 bis 2024 Generaldirektor der SRG. Heute forscht er an der Universität Genf zu Philanthropie und Medien. Ein Gespräch über die Initiative „200 Franken sind genug“, deren Folgen und die Frage, ob sich öffentlich-rechtliche Medien neu erfinden müssen.

Interview von **Alexander Lüthi**

**HORIZONT:** 2018 haben Sie als SRG-Generaldirektor mit „No-Billag“ bereits eine ähnliche Abstimmung hautnah erlebt. Was ist diesmal anders?

**GILLES MARCHAND:** Bei „No-Billag“ ging es um alles oder nichts. Das war ein starker Weckruf für die Gesellschaft, und 72 Prozent der Stimmberechtigten waren damals dagegen. Heute ist die Situation anders, denn die Initianten haben erkannt, dass man öffentlich-rechtliche Medien nicht komplett abschaffen kann. Deshalb schlagen sie nun eine Reduktion der Gebühren vor.

Auch die Einstellung der Bevölkerung hat sich seit der Corona-Pandemie verändert. Einerseits wurde damals sichtbar, dass öffentlich-rechtliche Medien systemrelevant sind. Andererseits gab es Gruppen, die fanden, sie hätten zu wenig Platz für ihre Positionen gehabt. Deshalb haben sie das Vertrauen in die Medien verloren. Diese Gruppen setzen sich heute vermehrt für die Initiative „200 Franken sind genug“ ein.

**Sie sprechen das Vertrauen an. Erreicht der öffentlich-rechtliche Rundfunk die Bevölkerung noch, wenn das Vertrauen in die Medien sinkt?**

Hier braucht es eine Unterscheidung. Das Vertrauen in Medien generell ist tief, nur etwa 40 Prozent vertrauen ihnen europaweit. Schaut man sich jedoch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk isoliert an, ist das Vertrauen deutlich höher, ungefähr 60 bis 70 Prozent. Natürlich gibt es auch für die öffentlich-rechtlichen Medien eine Vertrauensfrage. Legitimität lässt sich heute nicht mehr nur über Reichweite und Marktanteile begründen. Öffentlich-rechtliche Medien müssen stärker erklären, warum sie anders arbeiten und wie sie Transparenz herstellen, um das Vertrauen zu stärken.

**Von rechter Seite hört man oft, die öffentlich-rechtlichen Medien seien zu links und unausgewogen. Was entgegnen Sie dieser Kritik?**

Diese Kritik ist politisch motiviert und nicht zutreffend. Eine Studie der Universität Zürich untersuchte kürz-

lich die Berichterstattung zu 60 Abstimmungen in der Schweiz. Dabei lagen die Medien der SRG fast in der Mitte, also ausgewogener geht es kaum. Öffentlich-rechtliche Medien setzen keine Agenda. Sie erklären das, was die Gesellschaft gerade beschäftigt.

**Ein weiteres Argument sind die steigenden Lebenshaltungskosten. Durch eine Reduktion der Gebühr könnte man die Haushalte entlasten, sagen die Initianten. Wie sehen Sie das?**

Ich habe großen Respekt vor diesem Argument. Die Preise sind in den

letzten Jahren überall stark gestiegen und die finanzielle Situation hat sich für viele verschlechtert. Jedoch würde man bei Annahme der Initiative gerade einmal 27 Rappen (Anm.: 30 Cent) pro Tag sparen. Das ändert die finanzielle Situation kaum. Außerdem sind die Rundfunkgebühren, im Gegensatz zu vielen anderen, seit 2015 um etwa 30 Prozent günstiger geworden. Das sollte ebenfalls berücksichtigt werden.

**Was würde ein Ja am 8. März konkret für die Schweiz bedeuten?**

Kurz gesagt: Die Vielfalt würde stark abnehmen. Die SRG führt aktuell ein Vollprogramm und sendet in den vier Landessprachen. Dies wäre bei einem Ja in Zukunft so nicht mehr möglich, und es würde auch zu einer unvermeidlichen Zentralisierung der SRG kommen. Das wäre das Ende des föderalistischen Modells des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, das eng mit der Schweizer Kultur verbunden ist. Auch Produktionen in Sport, Musik oder Kultur sowie Eigenproduktionen von Filmen und Serien würden wohl wegfallen. Das wäre ein

großes Problem, denn ein Land, das seine Geschichten nicht mehr erzählen kann, hat ein Identitätsproblem.

**Blicken wir über den Tellerrand. Was wären die Auswirkungen über die Schweiz hinaus?**

Ein Ja hätte eine starke Symbolwirkung für Europa. Es würde zeigen, dass öffentlich-rechtliche Medien mit einem Vollprogramm politisch nicht mehr gewollt sind. Schon heute stehen sie europaweit unter großem Druck. Ein solcher Entscheid der Bevölkerung würde diesen Druck, den bestimmte Parteien fördern, nur noch verstärken.

**Was ist die wichtigste Lehre aus dieser Debatte?**

Öffentlich-rechtliche Medien sollten in Zukunft noch besser erklären, was sie alles ermöglichen und wie sie arbeiten. Dazu gehört eine Haltung, die Transparenz, Ehrlichkeit und die Bereitschaft Fehler zu korrigieren, in den Vordergrund stellt. Öffentlich-rechtliche Medien arbeiten in erster Linie für die Menschen und nicht für sich selbst.



**Gilles Marchand**, ehemaliger Generaldirektor der SRG. © zvg